

Sichtbar machen, Gedenken und Erinnern

30 Jahre Recherche und Dokumentation des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus

Triggerwarnung:

Polizeigewalt, Suizid, selbstverletzendes Verhalten, Rassismus.

Sie liegt schwer in der Hand, die aktuelle Dokumentation der Antirassistischen Initiative (ARI). Sie besteht aus vier DIN A4-Bänden mit etwa 1.500 Seiten, auf denen circa 18.500 Geschehnisse zu Todesfällen und Verletzungen von Geflüchteten dokumentiert sind. Seit einigen Jahren sind die Inhalte auch in einer Datenbank mit Suchmaschine digital im Internet zu finden. Die Suche in dieser Masse von Informationen und das Arbeiten mit den Inhalten wird dadurch deutlich erleichtert.

Die Recherche begann im Jahre 1993, dem Jahr, als der Bundestag mit der Einführung der Regelung sogenannter sicherer Drittstaaten das Grundrecht auf Asyl de facto abschaffte und kurz danach mit Sondergesetzen die Lebens- und Bleibebedingungen Geflüchteter drastisch verschlechterte: ein Leben in Sammelunterkünften, unter staatlicher Kontrolle und Abhängigkeit, Armut, Arbeitsverbot, Residenzpflicht, eingeschränkter medizinischer Versorgung, um nur einige der Folgen für die Betroffenen zu nennen.

Es entstand ein gesetzliches, behördliches und gesellschaftliches Räderwerk, das bis heute unverändert menschenunwürdige Bedingungen für Schutzsuchende erzeugt, wodurch die Betroffenen täglich Diskriminierung, Schikanen und behördliche Erpressung erfahren. Viele sind auch im öffentlichen Raum nicht vor rassistischen Angriffen sicher. Viele sind traumatisiert.

Dokumentiert werden unter anderem Suizide und Suizidversuche aus Angst vor Abschiebung, Todesfälle und Verletzungen von Geflüchteten vor, während und nach Abschiebungen, sowie an den deutschen Grenzen – auch Gewalt von Polizei und rassistische, körperliche Angriffe vonseiten der Bevölkerung.

Das Ziel der Dokumentation ist es, die verletzten und getöteten Geflüchteten als Opfer des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus sichtbar zu machen, ihnen Raum zu geben, ihre Geschichten aufzuschreiben, soweit es möglich ist, und ihre Namen zu nennen, soweit erlaubt. Entstanden ist eine große Sammlung der Leidensgeschichten einiger tausend Schutzsuchender, die mit Hoffnung auf ein sicheres Leben nach Deutschland gekommen waren.

Erinnert sei an die 121 Menschen, die von 1993 bis 2004 an den deutschen Ost-Grenzen zu Tode kamen. Erst durch den EU-Beitritt Polens im Mai 2004 sanken die Zahlen der ertrunkenen Geflüchteten an der polnisch-deutschen Grenze (Oder/Neiße) rapide, allerdings weil die Abschottung der EU durch High-Tech-Grenzschutzanlagen fortan im Osten Polens stattfand. Nach unseren schwierigen Recherchen wurden mindestens 305 Geflüchtete in dem Zeitraum verletzt: oft auf der Flucht vor einer Festnahme, durch Zwangsmaßnahmen von Bundesgrenzschutz-Beamten oder durch deren Diensttunde, von denen sie gejagt und gebissen wurden.

Erinnert sei an die vielen Verzeufungstaten der Menschen, denen die Abschiebung drohte. Die sich selbst töteten, weil sie keinen anderen Weg aus dem Horror heraus sahen oder die sich in tödliche Gefahr begaben, um der Festnahme zu entkommen. Die in den Fluss sprangen, obwohl sie nicht schwimmen konnten, und die aus dem Fenster kletterten und abstürzten. Von 1993 bis 2022 starben 445 Geflüchtete durch Suizid oder auf der Flucht vor der Festnahme. Die Anzahl der Selbstverletzungen beträgt 5.535, wobei auch hier von einer großen Dunkelziffer auszugehen ist.

Erinnert sei an den Jugendlichen Harrinder Singh aus Indien, der von den 59 Tagen seines Aufenthaltes in der BRD 55 Tage in Haft saß, bis er sich mit einem Bettuch in seiner Zelle erhängte. Er hatte in Gegenwart eines Dolmetschers seinen Kopf auf der Stahltischkante blutig geschlagen, wurde daraufhin im Sanitätstrakt mit Händen und Füßen ans Bett gefesselt. Später schnitt er sich mit Scherben Brust, Bauch und Pulsadern auf und verweigerte die Nahrung. Der Psychologe der JVA Halle sah dreimal nach ihm, hatte aber keinen Dolmetscher dabei. Seine letzten Sätze, sein letztes Lebenszeichen, hatte er auf das Papier des Asyl-Ablehnungsbescheides geschrieben mit dem Briefkopf des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (14. November 1998).

Er hatte in Gegenwart eines Dolmetschers seinen Kopf auf der Stahltischkante blutig geschlagen, wurde daraufhin im Sanitätstrakt mit Händen und Füßen ans Bett gefesselt. Später schnitt er sich mit Scherben Brust, Bauch und Pulsadern auf und verweigerte die Nahrung. Der Psychologe der JVA Halle sah dreimal nach ihm, hatte aber keinen Dolmetscher dabei. Seine letzten Sätze, sein letztes Lebenszeichen, hatte er auf das Papier des Asyl-Ablehnungsbescheides geschrieben mit dem Briefkopf des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (14. November 1998).

In den Jahren 2016 bis 2022 kamen 245 Menschen durch Suizid ums Leben: Das heißt, dass im Schnitt drei Menschen pro Monat starben. Suizidversuche und Selbstverletzungen wurden insgesamt 3.706 dokumentiert, das sind 44 Geschehnisse pro Monat.

Erinnert sei an die Geflüchteten, die nach der Abschiebung zu Schaden oder zu Tode kamen, weil ihre lebenswichtigen Therapien nicht fortgesetzt werden konnten, weil sie schon nach der Landung verhaftet wurden und in Gefängnissen verschwanden, weil sie im Herkunftsland weiterhin verfolgt, entführt, gefoltert oder getötet wurden. Trotz der Lückenhaftigkeit der Recherchen, was mit Abgeschobenen geschah, sind die Geschichten von 41 Gestorbenen, 642 Verletzten oder schwer Erkrankten und 81 Vermissten nach Abschiebungen grausames Zeugnis der konsequenten erbarungslosen Durchführung deutscher Abschiebepolitik.

Erinnert sei an die 34-jährige Tschiana Nguya, die am 7. Dezember 2004 in einem Krankenhaus in Kinshasa sechs Stunden nach der Geburt ihres Kindes starb – auch das Kind überlebte nur eine Stunde.

Eine erste Abschiebung im Februar war von niederländischen Behörden abgebrochen worden, weil ihr Mann einen Atemstillstand erlitt. Zurück in Deutschland tauchte Frau Nguya dann mit ihrem zehnjährigen Sohn Josephat und der zweijährigen



September 2020. Der Oranienplatz in Berlin erhält ein eigenes Mahnmal in Gedenken an die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt, das wohl erste deutschlandweit.

Foto: © woistunserdenkmal@gmail.com

<https://umbruch-bildarchiv.org/der-oranienplatz-ein-gedenkort-fuer-die-opfer-von-rassismus-und-polizeigewalt/>

gen Tochter Priscilla unter. Ihr 14-jähriger Sohn war bereits während der überfallartigen nächtlichen Abholung in Hameln geflohen.

Das Paar hatte vor zehn Jahren politisches Asyl erbeten – es war ihnen nicht gewährt worden. Da Frau Nguya sehr krank wurde, schwanger war und keine medizinische Hilfe ohne Krankenschein fand, meldete sie sich in Hameln offiziell bei der Ausländerbehörde zurück und wurde erneut festgenommen. Sie kam in die Abschiebehaf in Hannover-Langenhagen – ihre Kinder an einen für sie unbekanntem Ort.

Anfang September erfolgte ihre Abschiebung mit beiden kleinen Kindern. In Kinshasa kam sie unmittelbar in Polizeihaft. Ein Pfarrer erklärte sich bereit, die Kinder vorübergehend aufzunehmen.

Durch die katastrophalen Zustände im Gefängnis ging es Frau Nguya zunehmend schlechter. Schwer krank und hochschwanger wurde sie drei Monate später vorübergehend entlassen und in ein Krankenhaus gebracht. Hier starb sie kurz nach der Geburt ihres Kindes. Recherchen ergaben, dass sie an einer Blutvergiftung litt, deren Ursache in verdorbenem Essen, verschmutztem Wasser und fehlender medizinischer Versorgung vermutet wurde. Mithilfe einer Petition und Spendenaufrufen gelang es im Mai 2007, die Kinder zurückzuholen, sodass sie in Deutschland bei ihrer Tante leben konnten.

Erinnert sei an die Geflüchteten, die in psychischen Ausnahme-situationen von unfähigen Polizeibeamt:innen erwürgt, erschlagen oder erschossen wurden.

Erinnert sei an den psychisch schwer kranken Kamal Ibrahim aus dem Sudan, der in seiner Un-

terkunft in Harsefeld am 3. Oktober 2021 abends gegen 23.30 Uhr von drei Polizeibeamt:innen erschossen wurde. Von 13 Schüssen trafen ihn elf – am Kopf, in den Hals, die Brust, in die rechte Hand und den Leib. Zwei Projektilen durchschlugen die Tür seines Nachbarn und flogen knapp an dessen Bauch vorbei.

Schon gegen Mittag und Nachmittag hatten die Mitbewohner bereits die Polizei gerufen, weil Herr Ibrahim sie mit einem Messer bedrohte und Gegenstände zerstörte. Beim zweiten Polizeieinsatz erbat sogar der Betroffene selbst seine Mitnahme auf die Wache. Von dort war er nach Entscheidung einer Richterin wieder entlassen worden. Wenig später, nach dem dritten polizeilichen Einsatz, war der 40-Jährige tot.

Bei fast allen in der Dokumentation geschilderten Todesfällen durch Polizeigewalt wurden die Verantwortlichen, die direkten Täter:innen und/oder deren Vorgesetzte letztendlich nicht zur Rechenschaft gezogen

Herr Ibrahim befand sich offensichtlich bereits länger in einer schweren psychischen Krise. Schon eine Woche zuvor war einer seiner Mitbewohner ins Rathaus gegangen und hatte seinen schlechten Gesundheitszustand gemeldet und um Hilfe gebeten, die nicht erfolgte.

Bei fast allen in der Dokumentation geschilderten Todesfällen durch Polizeigewalt wurden die Verantwortlichen, die direkten Täter:innen und/oder deren Vorgesetzte, mit der Strategie der Schuldumkehr und damit einer Notwehr-Rechtfertigung letztendlich nicht zur Rechenschaft gezogen.

Das Denkmal

#WoIstUnserDenkmal hieß die Gruppe, die am 26. September 2020 diese Frage selbst beantwortete, indem sie auf eine Stele und eine Metallplatte hinwies, die mitten auf dem Kreuzberger Oranienplatz stand. Das silberne Schild auf der Platte trug den Schriftzug: „In Gedenken an die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt“.

Unbekannte hatten dieses Denkmal errichtet, das fortan von vielen politischen Gruppen unterstützt und genutzt wird. An dieser bundesweit einmaligen Gedenkstätte wurde und wird seitdem an die Namen und Geschichten der Gestorbenen, Getöteten, Ermordeten und in den Tod getriebenen Menschen erinnert. Es werden Blumen

niedergelegt, Kerzen aufgestellt und Kundgebungen abgehalten. Sie ist häufiger Start- oder Endpunkt von Demonstrationen. So ist das Mahnmal ein Ort der Trauer, der Erinnerung und des antirassistischen Widerstands geworden.

Der Oranienplatz als Ort für das Denkmal ist gut gewählt!

Im Herbst des Jahres 2012 war der O-Platz das Ziel der für ihre Rechte demonstrierenden Geflüchteten, die nach einem vier Wochen dauernden und 600 Kilometer langem Protest-Marsch aus Würzburg kommend Berlin erreichten. Hier schlugen

sie ihre Zelte auf, erklärten den Platz für besetzt und blieben anderthalb Jahre lang.

Mit Unterstützung vieler politischer Gruppen konnten sie vom O-Platz aus ihre weiteren Aktionen planen und durchführen: Hungerstreik am Brandenburger Tor, Besetzung der Nigerianischen Botschaft, sogenannte Revolutionäre Bus-touren zu anderen Städten, viele Demonstrationen und Kundgebungen. Durch die Initiative einiger Lokal-Politiker:innen mit entsprechender Begleitung durch die Presse wurde die Besetzer:innen nach eineinhalb Jahren bewusst getäuscht, belogen und gespalten, so dass dann eine Räumung mit Polizeigewalt möglich wurde.

Wenige Geflüchtete erkletterten Bäume und hielten bis zu 22 Tage lang einen Hungerstreik

durch – andere besetzten die leerstehende Gerhard-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße, die dann auch wieder gewaltvoll geräumt wurde.

Am 23. Juni 2021 verließ der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg der Initiative „Wo ist unser Denkmal?“ den Silvio-Meier-Preis für ihr „Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung“.

Da die Existenz des Mahnmals „von unten“ auf sehr wackeligen Füßen stand, erstritt die

Fortsetzung auf Seite 5

„Wir wollen die Geschichte nicht wiederholen!“

Ein Gespräch mit Maria Salinas über Rassismus, Sexismus und das Dagegenhalten

Maria Adela Salinas ist Buchhalterin und alleinerziehende Mutter. Wir veröffentlichen in einer redaktionell bearbeiteten Version Auszüge aus einem Radio-Graswurzelrevolution-Interview (1), das GWR-Praktikant*in Nika Hackenreiter und Redakteur Bernd Drücke am 15. Mai mit der Antirassistin geführt haben. (GWR-Red.)

Bernd Drücke: Maria, du bist seit 2020 Vorsitzende des Integrationsrats Münster. Kannst du bitte dich und deine Geschichte vorstellen und auch darüber reden: Was ist der Integrationsrat überhaupt?

Maria Salinas: Der Integrationsrat ist die demokratisch gewählte, politische Vertretung für Menschen mit Migrationsvorgeschichte. Wir vertreten außerdem auch in Deutschland geborene Menschen, deren Eltern eine Migrationsgeschichte haben.

BD: Du hast eine spannende Lebensgeschichte. Kannst du uns davon bitte erzählen? Wie bist du aufgewachsen?

MS: Ich bin in Bolivien geboren. Mit Anfang 20 habe ich gedacht, dass ich alles geschafft habe in Bolivien. Ich habe dort eine Arbeit gehabt, zwei abgeschlossene Ausbildungen, ich war dabei, noch zu studieren. Dann dachte ich, okay, es wäre schön, etwas anderes kennenzulernen, auch in Europa etwas zu lernen. Europa kennenzulernen und irgendwann mal nach Hause zurückzukehren. So bin ich nach Deutschland zum Studieren gekommen und mein Leben hat sich anders entwickelt. Ich habe ein Kind bekommen. Als alleinerziehende Mutter durfte ich alles durchmachen, was man hier als Migrantin durchmachen muss. Das war nicht einfach, es war ein Kampf.

Nika Hackenreiter: Magst du uns noch mehr über deine Arbeit als Integrationsratsvorsitzende erzählen? Einerseits, was da so machst und was deine Aufgaben sind, andererseits auch davon, mit was für Problemen und Einschüchterungen du konfrontiert bist?

MS: Es ist gut, dass wir die Möglichkeit haben, mit dem Integrationsrat hier Kommunalpolitik

zu machen. Das große Problem ist, dass wir nicht gleichgestellt sind. Wir starten schon mit der Ungleichstellung in den Alltag, auch in der Politik. Die Vorteile, die man als Rats- oder Parteimitglied hat, haben wir nicht. Das heißt, wir arbeiten ehrenamtlich und dadurch können wir nicht so viel Zeit investieren. Ich gehe fast immer erst um zwei Uhr schlafen und stehe um sechs Uhr auf, damit ich da überhaupt mithalten kann. Dabei ist Münster sogar noch fortschrittlich im Vergleich zu anderen Städten. Bei den letzten Wahlen des Integrationsrats hatten wir eine relativ hohe Wahlbeteiligung. Die Menschen, die uns ihr Vertrauen gegeben haben, nehme ich ernst. Ich respektiere diese Stimme. Das gibt mir Kraft, weiterzumachen. Es ist schwierig, denn ich habe jetzt in der Politik mehr Diskriminierung erlebt als in meinem ganzen bisherigen Leben in Deutschland. Ich bin eine Frau, ich bin Migrantin, ich spreche mit Akzent und ich bin so frech, dass ich tatsächlich etwas ändern will. Ich möchte mich nicht zurückziehen und alles über mich ergehen lassen. Es geht nicht um mich. Es geht um die Menschen, die uns ihr Vertrauen gegeben haben.

BD: Themen der Graswurzelrevolution Nr. 490 sind unter anderem auch Rassismus und rassistische Gewalt. Du hast am 19. Januar auf der „Keinen Meter den Nazis“-Demo, wo nach Bekanntwerden des Potsdamer Geheimtreffens spontan über 20.000 Antifaschist*innen in Münster demonstriert haben, eine bewegende Rede (2) gehalten. Kurz zuvor hatte das Recherchenetzwerk Correctiv öffentlich gemacht, dass es im November 2023 in Potsdam ein Treffen von Neonazis, AfD-Politikern, CDU-Politikern und Wirtschaftsfunktionären gab, die eine „Remigration“, also Deportationspolitik, dort



Maria Salinas, Detlef Lorber, Bernd Drücke und Nika Hackenreiter beim Interview im Studio des Medienforum Münster.

Foto: Maria Salinas (Selfie)

diskutiert und geplant haben. Die Faschisten wollen 16 bis 20 Millionen Menschen aus der Bundesrepublik abschieben. In deiner Rede hast du deine Betroffenheit zum Ausdruck gebracht. Kannst du bitte noch etwas zu diesen Plänen und zum Rechtsruck sagen? Wie sehr fühlst du dich persönlich bedroht? Wie können wir dem aufkommenden Faschismus entgegenzutreten?

MS: Wir leben in harten Zeiten. Als Integrationsrat sind wir Ende 2023 Opfer von Angriffen geworden. Es gab Anfeindungen, wo ich gedacht habe: Was ist das, was ist mit diesem Land passiert? Menschen mit arabischem Namen oder Aussehen wurden unter Verdacht gestellt. Frauen mit Kopftuch wurden auf der Straße beschimpft. Da musste ich erst die Kraft entwickeln, um sagen zu können: „Nein,

stopp, das geht so nicht! Nicht jede, die ein Kopftuch trägt, Muslima und Migrantin ist, ist Antisemitin. Wir Migrantinnen sind kein Freiwild hier, wir sind Menschen, wir gehören zu dieser Stadt!“

Es war zum Verzweifeln. Wir haben dann im Integrationsrat lange gearbeitet bis drei Uhr morgens. Diese Zeit war bewegend und ich habe einiges gelernt. Was für mich wichtig ist: In Münster gibt es eine große, solidarische Gesellschaft. Es gibt Deutsche, die den interkulturellen Blickwinkel haben. Wir sind eins mit diesen Menschen. Aber als dieser Bericht über das rassistische Geheimtreffen in Potsdam kam, habe ich, wie alle anderen Migrant*innen und viele Deutsche auch, kalte Füße bekommen. Denn diese Ähnlichkeiten mit den Entwicklun-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 4

Sichtbar machen, Gedenken und Erinnern

Initiative auf dem Weg über die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg im August 2021 den Beschluss, das Mahnmahl als „Gedenkzeichen an seinem Ort und als solches anzuerkennen, es weder zu entfernen noch zu versetzen“ (1).

Am 25. Januar 2024 war das Mahnmahl allerdings nicht nur „versetzt“, sondern die 300 kg schwere Betonsäule komplett verschwunden. Es stellte sich heraus, dass die Stele vom Grünflächenamt des Bezirks „vorübergehend gesichert und eingelagert“ worden war. Als sie nach Protesten zurückge-

bracht werden musste, zerfiel sie in drei Teile, wurde notdürftig geklebt und ramponiert zurückgelassen.

Das Bezirksamt bedauert das Desaster im Nachhinein und sieht es als Ergebnis von Verständnisfehlern zwischen den Ämtern. Es nimmt dieses Geschehen „zum Anlass, um Prozesse und Kommunikationsabläufe zu verbessern“ (2). Wenn es aber um Wiedergutmachung der zerstörten Stele geht, beruft es sich auf bürokratische Hürden, die es daran festmacht, dass das Mahnmahl anonym erstellt wurde und somit keiner realen Person gehört, die entschädigt werden könnte. Wie

sich zeigt, werden die Auseinandersetzungen mit den Behörden noch andauern.

Fest steht für die politischen Gruppen, dass die Stele völlig neu geschaffen werden muss und das, so schnell wie möglich. Vorschläge liegen vor – die Umsetzung hat begonnen –, es gibt bereits ein Zeitintervall für die Aufstellung der neuen Säule.

Das kostet natürlich Geld und deshalb ist eine Spendenaktion geplant, die demnächst startet. Personen oder Gruppen, die den Erhalt dieses einzigartigen Mahnmahls unterstützen wollen, wenden sich bitte an die Antirassistische Initiative, damit

der Kontakt hergestellt werden kann.

Der Kampf um die Kultur der Erinnerung, des Gedenkens und des Widerstands geht weiter!

Antirassistische Initiative Berlin

KONTAKT:
www.ari-dok.org
www.ari-dok.org/webdokumentation
https://umbruch-bildarchiv.org/der-oranienplatz-ein-gedenkort-fuer-die-opfer-von-rassismus-und-polizeigewalt/

Anmerkungen:
1) BVV – DS/1825/V – 29.8.2021
2) BVV – SA/3247/V – 11.3.2024

Anzeige

Kriegshetze to go?

Nicht mit uns!

2 Wochen testen.
Das kostenlose Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.

jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 030/53 63 55-84
abo@jungewelt.de